



Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Udo Hemmelgarn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stefan Zierke
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
11018 Berlin

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

TEL +49 (0)30 18555-1120
FAX +49 (0)30 18555-4112
E-MAIL Stefan.Zierke@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 11. März 2020

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: [Arbeitsnummer 3/29](#)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/29:

Förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Auffassung der Bundesregierung außer der im Rahmen der JF-01-2016: Anti-Rassismus-Kampagne „Kein Sex mit Nazis“ noch andere Verhütungsmaßnahmen und welche Mittel wendet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Auffassung der Bundesregierung in Summe für die Verhinderung von Gewalttaten Antifa und gegen den Linksextremismus bzw. für ein gemeinsames Miteinander gegen Links auf?

Antwort:

Im Rahmen verschiedener Aktionen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" im Themenfeld "Homosexuellen- und Transfeindlichkeit" wurden 2018 Kondome als Give-Away verteilt. Über dieses unkonventionelle Give-Away wurden Gespräche mit Teilnehmer*innen von Veranstaltungen, z. B. dem Berliner Christopher Street Day, über Themen wie die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen angeregt. Die Resonanz war durchweg positiv.



SEITE 2 Ferner hat das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Oktober 2016 bis September 2019 das Modellprojekt „biko - Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung“ initiiert, das sich auf die Kostenübernahme rezeptpflichtiger Verhütungsmittel für Frauen mit Anspruch auf Sozialleistungen bezog.

Für Präventionsmaßnahmen explizit gegen Linksextremismus sind im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in 2020 insgesamt 27.484.957,62 Euro eingeplant. Ergänzend werden in den Handlungsbereichen Kommune (Partnerschaften für Demokratie) und Land (Landes-Demokratiezentren) den Gebietskörperschaften die Fördermittel zur teilweisen freien Verfügung bewilligt, um damit ganz gezielt den Problemlagen vor Ort begegnen zu können. Darüber hinaus ist die Schwerpunktsetzung sehr vieler Projekte im Bundesprogramm zumindest teilweise phänomenübergreifend.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Zierke